

# Wie die Schweiz Nazideutschland mit Aluminium versorgte

Von Rudolf Walther.

**Die Schweizer Aluminium-Industrie belieferte die deutsche Kriegswirtschaft. Sie hatte aber kaum Handlungsspielräume, wie eine neue Untersuchung belegen kann.**

Cornelia Rauh: Schweizer Aluminium für Hitlers Krieg? Zur Geschichte der Alusuisse 1918-1950. C. H. Beck, München 2009. 384 S., ca. 98 Fr.

Erst der politische Druck aus den USA Mitte der 90er-Jahre sorgte dafür, dass sich die Schweiz intensiver mit der Rolle ihrer politischen und wirtschaftlichen Eliten während des Zweiten Weltkriegs auseinandersetzte. Bevor der Bundesrat die «Unabhängige Expertenkommission Schweiz - Zweiter Weltkrieg» einsetzte, beherrschten vor allem Mythen und Legenden die Debatte. Mittlerweile liegen 25 dicke Expertisen vor, die fast alle Facetten dieses Themas ausleuchten. Immer noch gibt es auch masslos überzogene Vorwürfe, obwohl man vieles genauer weiss. So spekulierte Rafael Gross noch 1997 über Schweizer Unternehmer, «die willig vom deutschen «Sklavenmarkt» Gebrauch» gemacht hätten.

Mit der umfangreichen Studie von Cornelia Rauh über die 1888 gegründete «Aluminium-Industrie AG» (AIAG), die ab 1963 «Alusuisse» hiess und im Jahr 2000 im kanadischen Konzern Alcan Aluminium Limited aufging, liegt erstmals eine Unternehmensgeschichte vor. Die AIAG gehörte schon vor 1914 zu den multinationalen Konzernen, die in zahlreichen europäischen Staaten Beteiligungs- und Tochterunternehmen unterhielten. Bereits 1909 entstand im Wallis das weltweit grösste Elektrolyse-Werk, in dem Aluminium erzeugt wurde.

## **Rohstoff kommt in der Schweiz nicht vor**

Das Paradoxe am «Schweizer Metall» Aluminium liegt darin, dass der zur Erzeugung notwendige Rohstoff Tonerde in der Schweiz gar nicht vorkommt. Der nach den ersten Funden in Les Baux in der Provence auch Bauxit genannte Stoff musste zu 100 Prozent importiert werden. Das war bereits in den 20er-Jahren schwierig, als sich viele Staaten durch Zölle voneinander abschotteten. Nach der Weltwirtschaftskrise verstärkte sich der Protektionismus vieler Staaten noch.

Nachdem die Nationalsozialisten 1933 an die Macht gelangt waren, kontingentierte sie Rohstoffe und Devisen. Ein 1936 eingerichtetes rigides Überwachungssystem durch ein «Devisenfahndungsamt» verhinderte, dass Erträge von AIAG-Tochterfirmen in Deutschland in die Schweiz transferiert werden konnten. Das erwies sich - allerdings erst nach dem Krieg -

als Glücksfall für die AIAG. Da Gewinne nicht abgezogen werden konnten, wurden sie in grossem Stil in wertbeständige Produktionsanlagen in Deutschland investiert, die nach 1945 zu Anlagevermögen der AIAG gehörten.

### **Kohlenembargo von 1940**

Die vorsichtige Anlagepolitik hatte ihren Preis. Das deutsche «Reichswirtschaftsministerium» verlangte als Gegenleistung die Lieferung von 5000 Tonnen Aluminium im Wert von 1,25 Millionen Franken. Die Lieferung verärgerte die Alliierten. Aber auch mit Deutschland geriet die Schweiz in einen Konflikt. Da die Schweiz kurz vor und nach Kriegsausbruch zu einem bedeutenden Lieferanten von kriegswichtigem Aluminium nach Frankreich und England geworden war, verhängte die deutsche Regierung 1940 ein Kohlenembargo. Nun stand das Land von beiden Seiten unter Druck.

Das Handelsabkommen vom 18. Juli 1941 war ein Ausdruck der neuen politischen Machtverhältnisse in Europa. Das auf dem Höhepunkt seiner Erfolge stehende Nazi-Reich - der Russland-Feldzug hatte eben begonnen - diktierte dem Kleinstaat die Handelsbedingungen: «Zwei Drittel der aus Porto Marghera (Italien) und Marseille gelieferten Tonerde mussten für Metalllieferungen an Deutschland Verwendung finden», schreibt Cornelia Rauh. Damit war die schweizerische Aluminiumindustrie zum Bestandteil der deutschen Kriegswirtschaft und insbesondere des «Reichsluftfahrtministeriums» geworden. Die Handlungsspielräume der schweizerischen Politik und der schweizerischen Wirtschaft waren minimal.

### **Kein Einfluss auf die «Töchter»**

Die Studie von Cornelia Rauh zeigt überzeugend, dass die AIAG als Muttergesellschaft auf ihre rechtlich verselbstständigten deutschen Tochtergesellschaften kaum noch Einflussmöglichkeiten hatte. Der Verwaltungsratspräsident Max Huber stellte schon vor dem Krieg fest: «Bricht ein europäischer Krieg aus, mit Konstellationen, die heute gar noch nicht vorauszusehen sind, so stehen wir der höheren Gewalt gegenüber, für die man uns nicht verantwortlich machen kann.»

Daran ist richtig - so Cornelia Rauhs Argumentation -, dass die AIAG-Verantwortlichen juristisch keine Schuld trifft, weil ihnen die Hände gebunden waren. Wohl aber eine moralische Mitverantwortung. Der Mutterkonzern konnte nicht verhindern, dass in den selbstständigen Tochtergesellschaften Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter beschäftigt wurden. Aber die Verantwortlichen wussten ziemlich genau Bescheid und schwiegen bzw.

versteckten sich hinter einer schon während des Krieges und vor allem danach zum Mythos verklärten «Neutralität».

Diesen «Zentralbaustein im Hinblick auf die vergangenheitspolitische Selbstentlastung» (Mario König) der schweizerischen Eliten in Politik und Wirtschaft analysiert und kritisiert Cornelia Rauh sorgfältig. Sie zeigt, dass nicht die «Neutralität» einen Überfall der Wehrmacht auf die Schweiz verhindert hat, sondern die Tatsache, dass die Schweiz als Rüstungslieferant, zuverlässiger Transitpartner und funktionierender Devisenhandelsplatz für das NS-Regime wichtig war - und nicht als Eroberungsziel.